

„Keine Initiative vonseiten der Stadt“

MUSIKSCHULE - Eltern kritisieren Wegfall der Schulkooperationen / Turnverein springt ein

VON JULIA RADGEN



Sie sind ein Aushängeschild der Dreieichschule: Die Bläserklassen (hier beim lebendigen Adventskalender 2019) sind von der Einstellung der Schulkooperationen betroffen. Dank dem TVL ist das Konzept vorerst gesichert. archivFoto: postl

Langen – Mit der Anpassung der Honorarordnung und den weiteren Konsequenzen aus dem Herrenberg-Urteil für die Musikschule Langen, die die Stadtverordneten im Juni beschlossen und im September angepasst haben, sind die Veränderungen bei der städtischen Kultureinrichtung bekanntlich nicht erledigt. Stets wurde auf die Haushaltsberatungen verwiesen, zu denen der zuständige Fachbereich zwei einen Vorschlag für die Fortführung der Musikschule vorlegen soll – dazu gehört auch, wie die Lehrenden rechtssicher beschäftigt und entlohnt werden. Dafür sollten unter anderem eine externe juristische Prüfung und eine Abfrage bei der Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung erfolgen.

Während die Lehrenden somit erwartungsvoll auf die Haushaltsberatungen blicken, formiert sich unter den Eltern immer mehr Protest gegen die aktuelle Situation. Denn bekanntlich ist Teil des Beschlusses aus dem Sommer, dass die Schulkooperationen der Musikschule auslaufen. Das ist mit Beginn des Schuljahres in Kraft getreten – scheint aber erst langsam durchzusickern.

Diesen Umstand kritisieren auch die Initiatoren der Online-Petition mit dem Titel „Rettet die Musikschule“, die aktuell mehr als 5000 Unterschriften gesammelt hat (wir berichteten). „Der TV Langen ist in die Bresche gesprungen, um einige Musiklehrer auf Mini-Job-Basis anzustellen, die den Instrumenten-Unterricht für die Musikschulklassenkinder geben. Die Bläserklassenschüler der Jahrgänge fünf und sechs an der Dreieichschule haben dadurch nur noch alle zwei Wochen den zusätzlichen individuellen Instrumentenunterricht – bei gleichen Kosten wie zuvor für die Eltern“, teilt Holger Lößner von den Organisatoren der Petition mit. Für Schülerinnen und Schüler aus den Musikklassen sei aber unsicher, ob sie ab Jahrgangsstufe sieben noch Instrumentenunterricht erhalten – der wurde bisher direkt in der Musikschule erteilt. Das Problem betrifft aber unter anderem auch die Albert-Schweitzer-Schule, wo der Förderverein finanziell eingesprungen ist, ebenso andere Langener Grundschulen, die bislang Kooperationen mit der städtischen Musikschule unterhalten haben.

Das Hin und Her in Sachen Beschäftigung der Lehrkräfte an der Kultureinrichtung – eine Folge des sogenannten Herrenberg-Urteils, das die bisherigen Honorarverträge als nicht zulässig einstufte – habe schon spürbare Konsequenzen im Betrieb der Kultureinrichtung, kritisieren die Verfasser der Petition in einer neuen Erklärung: Wegen dieser Entwicklung hätten einige Lehrkräfte die Musikschule inzwischen verlassen, das Angebot für Instrumente sei bereits deutlich eingeschränkt. Neue Schüler könnten in einigen Fällen nicht angenommen werden. „Einige Verträge mit Musikschülern wurden seitens der Stadt gekündigt, sie können ihr Instrument nicht mehr erlernen, da ihre Lehrer die Musikschule verlassen haben. Einen Ersatz gibt es nicht“, erklären die Initiatoren der Petition. Sie sind enttäuscht: „Seitens der Stadt haben wir leider keine Initiative gesehen, sich mit allen Beteiligten – Vertretern von Eltern, Schulen, Kindergärten und Musikschullehrern – mit dem Ziel zusammzusetzen, ein tragfähiges und zukunftssicheres Modell für die Musikschule zu entwickeln. Eine Diskussion schien gar nicht gewollt.“

An der Dreieichschule hat man sich nun mit der neuen Situation engagiert. Für Schulleiterin Nicole Ott ist es aber ein Glück, dass das „sehr erfolgreiche Konzept“ der Bläserklassen in der Unterstufe zwar leicht angepasst wurde, aber dennoch im Kern erhalten bleibt. Möglich ist das, weil nach Aufkündi-

gung der Musikschule eben der TV Langen einen Teil der Musiklehrkräfte für die Klassen im Rahmen von Minijobs anstellen konnte. Laut Ott seien es zuvor sechs Lehrende gewesen, die die Projektklassen in der Unterstufe des Gymnasiums – bekannt für seinen musikalischen Schwerpunkt – geleitet hätten. Vier von ihnen seien nun durch das neue System beschäftigt, allerdings in verringertem Umfang. „Das war für uns schwierig, aber es mussten Abstriche gemacht werden“, sagt die Schulleiterin.

„Die Eltern haben es jedoch akzeptiert, dass das Angebot etwas eingeschränkter ist“, meint Ott. Die Stadt habe die Schulleitung unterstützt und den Kontakt zum TVL vermittelt, meint Ott. Es sei aber zunächst nicht klar gewesen, was rechtlich möglich sei. „Wir wussten lange Zeit nicht, ob es die Bläserklassen zum neuen Schuljahr in der gewohnten Form noch geben kann“, erklärt Ott die Unsicherheit. Ab der Jahrgangsstufe sieben gab es natürlich auch Instrumentenunterricht, doch dies falle nicht unter die Schulkooperationen. „Es ist aber schade für die ganze Stadt“, meint sie. „Die Bläserklassen unserer Schule und die Musikschule haben sich immer gegenseitig befruchtet. So etwas ist für das kulturelle Leben in der Stadt ganz wichtig“, findet die Rektorin. Die Zusammenarbeit habe sich in der musikalischen Qualität gezeigt und für gute Vernetzung, etwa bei Veranstaltungen, gesorgt.

Auch die Lehrenden der Musikschule kritisieren die Umstrukturierung. „Uns ist keine andere Stadt bekannt, in der die Schulkooperationen mit einer städtischen Musikschule im Zuge des Herrenbergurteils beendet wurden“, ist vom Kollegium zu hören. Es sei bedauerndswert, wurde diese Zusammenarbeit doch jahrzehntelang mühevoll aufgebaut. Die Lehrenden haben sich mittlerweile in einem Brief an Musikschüler und ihre Eltern gewandt, in dem sie noch einmal erklären, dass sie einen neuen „Honoraranpassungsvertrag“ mit schlechteren Konditionen unterschrieben haben, um den Betrieb nach den Sommerferien zu sichern und einer Kündigung zu entgehen. „Fakt ist, dass die Gesetzeslage auf Grundlage dieses Urteils eine Beschäftigung von Honorarkräften an einer Musikschule nicht mehr zulässt. Demzufolge sind wir weiterhin rechtswidrig beschäftigt“, heißt es im Papier. Wie sich die Zukunft der Musikschule darstelle, sei für die Beschäftigten noch immer unklar.